

Der

3003 BERN

5803

Freisinn

FDP

Nr. 9
September 1990
12. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Zeitschriften
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Proben für Konjunktur- und Geldwertstabilität

Das wirtschaftliche Störpotential des Golfkonflikts

Der vom irakischen Despoten Saddam Hussein geführte Handstreich gegen Kuwait hat am Persischen Golf nicht nur eine explosive politische und militärische Lage verursacht, sondern auch weltwirtschaftliche Störpotentiale von erheblichem Ausmass geschaffen. Naturgemäss bleibt die Schweiz davon nicht verschont.

Es sind weniger die unmittelbaren Embargowirkungen – wenn sie auch einzelne Firmen empfindlich treffen – als mittelbare Marktfolgen, die für die Schweiz ins Gewicht fallen. Sie gefährden die Fortsetzung des ökonomischen Wachstums und die Rückkehr zur Geldwertstabilität, auch wenn es sicherlich verfehlt wäre, gleich mit panischen Reaktionen darauf zu antworten.

Parallelen und Unterschiede zu den siebziger Jahren

Jedenfalls ist eine Reihe kurzfristiger Effekte des Golfkonflikts auszumachen. Das Erdöl und seine Derivate sind abrupt und beträchtlich teurer geworden. Der Dollar hat an den Devisenmärkten erheblich an Wert eingebüsst. An den Aktienbörsen setzte massiv kursdrückender Pessimismus ein. Die Zinssätze haben weltweit wieder angezogen; die Schweiz erlebte die vierte Hypothekarsatzrunde in kurzer Zeit. Die Inflationstendenzen, die früher im Sommer Zeichen einer Abschwächung zeigte, droht sich erneut zu beschleunigen. Die Hochkonjunktur hat in Europa noch Bestand, scheint aber von

den amerikanischen Rezessionssignalen her gefährdet.

Man kann gegenwärtig gewisse Parallelen zu den beiden «Ölpreisschocks» der siebziger Jahre wahrnehmen, die beide (1973/74 und 1978/79) in weltwirtschaftliche Rezessionsphasen gemündet hatten. Die Verteuerung des (auch heute noch) wichtigsten Energieträgers beeinflusste das Konsum- und das Investitionsverhalten negativ. In den Ölförderländern entstand zwar zusätzliche Kaufkraft, die für die Exportchancen der Industrieländer nicht ohne Wirkung blieb. Das ist auch jetzt wieder vorstellbar. Aber gleich wie seinerzeit können die Zahlungsbilanzen verstärkt aus dem Gleichgewicht geraten.

Indessen bestehen auch Abweichungen von den Szenarien des achten Jahrzehnts. Insbesondere die frühen siebziger Jahre waren durch eine eigentliche Konjunkturüberhitzung gekennzeichnet gewesen. Deren inflationäre Begleiterscheinungen waren drastisch. Akzentuiert wurden sie namentlich in der Schweiz durch das System fester Wechselkurse, das dann 1973 zerbrach, aber noch längere Zeit inflationär nachwirkte. Seit dem Übergang zum «Floating» der

Wechselkurse hat sich die Situation verändert. Im Europäischen Währungssystem ist allerdings wieder eine Art Festkursordnung entstanden, die auch für die Schweiz von Belang ist. Indessen hat sich die auch währungspolitisch wirksame weltweite Kooperation wirtschaftspolitischer Art bedeutsam verbessert.

Gegenläufige Effekte des starken Schweizerfrankens

Dennoch hat die Golfkrise die Devisenmärkte empfindlich beeinflusst, und neben der Dollarschwäche ist der Kursauftrieb des Schweizerfrankens dabei eine Haupterscheinung. Offenbar wird unsere Valuta von vielen Investoren weitherum als die geeignetste Anlagewährung in international unsicheren Zeiten angesehen. Für die Gesamtwirtschaft ergeben sich daraus gegenläufige Effekte. Einerseits bewirkt der teure Franken eine relative Verbilligung der in Dollars und anderen Devisen zu begleichenden Importe. Er dämpft also die Teuerung, auch diejenige, die aus der Ölpreishaussage resultiert. Andererseits erleidet die Exportwirtschaft (einschliesslich des Fremdenverkehrs und anderer Dienstleistungsbranchen) Erschwerungen auf der Absatzseite. Ihre Angebote werden ja wechselkursbedingt verteuert.

Die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen erscheinen als einleuchtend. Sie können nur, wie auch der unlängst veröffentlichte Jahresbericht des «Vororts» deutlich gemacht hat, in der konsequenten Erhaltung der internationalen Wettbewerbskraft der schweizerischen Volkswirtschaft bestehen. Einen Beitrag dazu leistet auch die Nationalbank mit dem Festhalten an einer inflationshemmenden restriktiven Geldpolitik.

Liebe Leserin, lieber Leser



In der FDP ist Aufbruch spürbar. Auf allen Ebenen wird frisch, tatkräftig und mutig politisiert. Der Liberalismus als Idee hat nicht zuletzt

mit dem Aufbruch in Osteuropa bewiesen, dass er heute so aktuell ist wie früher.

Mit diesem inneren Aufbruch soll auch das äussere Bild der FDP korrespondieren. Unsere Sehgewohnheiten ändern sich, und so wirkt oft – was früher als modern galt – heute etwas veraltet. Die FDP hat deshalb damit begonnen, ihr Erscheinungsbild den neuen Gewohnheiten anzupassen. Wie Sie sicher bemerkt haben, präsentiert sich die Partei an den Delegiertenversammlungen dynamisch-optimistisch und spritzig.

Auch der «Freisinn» ist in die Jahre gekommen. Auch ihn haben wir umgestaltet. Das Ergebnis werden Sie mit der nächsten Nummer in der Hand haben. Lassen Sie sich überraschen!

Eine Parteizeitung ist ein wichtiges Bindeglied zwischen allen Parteimitgliedern, zwischen Ihnen und der Partei. Im «Freisinn» finden Sie alle Hinweise zu unseren Veranstaltungen und Publikationen. Er enthält unsere wichtigsten Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen und ist vor allem offen für Sie, für Ihre Meinungen und Ideen. Was Sie uns mitteilen, prägt die FDP-Politik mit. Deshalb, schreiben Sie uns auch für den «Freisinn»!

Wir hoffen, dass Sie sich mit uns auf den nächsten «Freisinn» freuen, und warten gespannt auf Ihre Reaktionen.

Christian Kauter
FDP-Generalsekretär



Diese Ausgabe ist die letzte des «Freisinn» in dieser Form, nicht jedoch natürlich des «Freisinn» überhaupt. Im Gegenteil: der neue «Freisinn» soll inhaltlich und formal attraktiver sein, gut gerüstet für die neunziger Jahre.

Wie bisher erscheinen neben der Schweizer Ausgabe eine ganze Reihe kantonaler Ausgaben des «Freisinn». Die Kantone Zürich, Bern, St. Gallen, Thurgau, Solothurn, Schwyz und Graubünden gestalten regelmässig ihre eigenen Seiten. Wir hoffen sehr, dass weitere Kantone mitmachen. Ihnen steht Platz auf der Frontseite zur Verfügung, ferner können sie – je nach Wunsch – im Mantel des auch im Format neuen «Freisinn» bis zu sieben weitere Seiten beanspruchen.

Ich bin für die Schweizer Ausgabe verantwortlich. Den allgemeinen Teil wollen wir durch einen Schwerpunkt-Artikel bereichern, in dem wir ein politisches Thema journalistisch aufgearbeitet darstellen, dabei aber den Standpunkt der FDP klar formulieren. Auf weiteren Seiten finden Sie neu den Schweizerischen Verband Freisinniger Frauen (SVFF) und die Jungliberalen (JBS). Den Reaktionen, Stellungnahmen, Ideen von Ihnen, allen Leserinnen und Lesern, möchten wir vermehrt Gewicht beimessen.

Je nach kantonaler Ausgabe wird der neue «Freisinn» eine feste Bücherseite, eine aussenpolitische Analyse und ein Kurzinterview mit einem freisinnigen Zeitgenossen enthalten. Soweit der redaktionelle Teil. Um realistisch zu sein, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der «Freisinn» auch ein guter Werbeträger ist. Lesen Sie mehr darüber auf Seite 6.

An die Arbeit geht jetzt Ihre
Anna-Marie Kappeler
FDP-Presseschefin



Tatkräftig in die Zukunft

Auch an ihrer jüngsten a. o. Delegiertenversammlung am 1. September 1990 in Zug zeigten die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) ihren Willen, die Zukunft mutig und fortschrittlich anzupacken. Zusammen mit Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Fraktionspräsident Pascal Couchepin und Generalsekretär Christian Kauter (von links) votierten sie für den Energieartikel, gegen die beiden Anti-Atom-Initiativen (Ausstieg und Moratorium) und für die Revision des Strassenverkehrsgesetzes.

Photo ruti

Parolen der FDP der Schweiz

zu den eidgenössischen Vorlagen
vom 23. September 1990

Nein zur Initiative Ausstieg aus der Atomenergie

Nein zur Initiative Stopp dem Atomkraftwerkbau

Ja zum Energieartikel

Ja zum Strassenverkehrsgesetz

Schwarz auf weiss ein Strich unter den Dritten Weltkrieg

«Wir sind ein Volk, und einig woll'n wir handeln»

Schneller als erwartet, vor allem gewaltlos, hat sich der Umschwung in Deutschland vollzogen. Kein Jahr nach dem «Fall» der Berliner Mauer am 9. November 1989 ist die deutsche Einigung politisch, geographisch historische Tatsache. Schwarz auf weiss wurde die Einigung am 24. August mit der Unterzeichnung des Einigungsvertrages in Ostberlin besiegelt. Der Einigungstag beziehungsweise der Tag der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ist der 3. Oktober.

Damit endet die deutsche Nachkriegszeit, beginnt für Deutschland und Europa eine neue Epoche. Anfang Dezember wählt Gesamtdeutschland ein neues Parlament, einen neuen Regierungschef. Es werden die ersten gesamtdeutschen Wahlen nach über sechzig Jahren sein. Die DDR, die ja das Ergebnis des verlorenen, vom deutschen Volksverführer Adolf Hitler 1939 angezettelten Weltbrandes war, wird zwölftes Bundesland. Sitz des Deutschen Bundestages (Parlaments) und der Regierung bleibt (vorderhand?) Bonn am Rhein, derweil das Staatsoberhaupt nach Berlin übersiedelt. Das Parlament wird künftig 663 oder 144 Abgeordnete mehr zählen.

Wahrscheinlich wird der erste gesamtdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl heissen, Regierungs-

chef der seit 1983 in Bonn amtierenden Koalitionsregierung aus Christlich-Demokratischer/Christlich-Sozialer Union (CDU/CSU) und Freien Demokraten (FDP).

Nahezu neunzig Prozent der DDR-Bürger, wie Umfragen ergeben haben, begrüssen die bevorstehende Einigung. Sie sind des «eigenartigen Zwitterdaseins» überdrüssig. Alles in allem ist aber die Begeisterung nicht unwertend. In den vergangenen Wochen gab es ein teilweise unwürdiges Hin und Her um den Vereinigungstermin. Ständig wurden in Ostberlin neue Daten genannt. Es war ein nahezu undurchschaubares Verwirrspiel. Dabei dürften – mit Blick auf Dezember – wahltaktische Überlegungen dominiert haben. Nach der Gründung der gesamtdeutschen FDP werden jetzt die

bundes- und die ostdeutschen Sozialdemokraten (SPD) und die CDU die Vereinigung der Parteien vollziehen.

Nun bedarf die Einigung noch des «Segens» der Siegermächte. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Grossbritannien und die Sowjetunion werden wahrscheinlich am 1./2. Oktober zusammen mit den beiden deutschen Staaten ihre Beratungen über die «Aspekte der Einheit Deutschlands» abschliessen. Das Ergebnis dieser «Zwei-plus-Vier»-Verhandlungen soll dann im November den 35 Staaten der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) kundgetan werden. Entscheidend war unter anderem auch das Einlenken der Sowjetunion, die anfänglich darauf bestanden hatte, das künftige Deutschland müsse ein neutrales Deutschland sein.

Das alarmierte die Europäische Gemeinschaft (EG), die sich im April auf ihrem Gipfeltreffen in der irischen Hauptstadt Dublin dafür aussprach, die Einigung zu unterstützen. Nur wenige Wochen zuvor hatten sich bei den EG-Partnern der Bundesrepublik die Haare beim blossen Gedanken eines «einig deutschen Vaterlandes» gestäubt. Letztlich dürfte auch die Sowjetunion die Einigung akzeptiert haben, um vor den Deutschen nicht als dasjenige Land dazustehen, das diese, wenn nicht verhindert, so doch verzögerte.

Vor Manöverteilnehmern im Gebiet von Odessa äusserte sich Gorbatschew am 17. August auch über die Frage der Vereinigung Deutschlands. Die Bundesrepublik sei eine grosse Militärmacht auf

dem europäischen Kontinent: «Das vereinte Deutschland wird einer der wirtschaftlich stärksten und politisch einflussreichsten Staaten der Welt sein.» Der besondere Charakter dieses «Problems» besteht darin, dass das sowjetische Sicherheitskonzept «in nicht geringem Masse von den Folgen und Lehren des für uns schwersten Krieges, eben mit Deutschland, ausging». «Doch die Nachkriegsperiode ist zu Ende!» Und am 20. August meinte Valentin Falin, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), in der «Pravda», Deutschland kehre in die Weltpolitik als ein «qualitativ neues Gebilde» zurück.

Diese Äusserungen von Gorbatschew und Falin mögen für die sowjetischen Erwartungen in die deutsche Einigung stehen. Für die Deutschen selbst, vor allem für die Menschen in Ostdeutschland, werden sich nicht sofort alle Blütenträume verwirklichen lassen. Die DDR hat seit dem 1. Juli dieselbe Währung wie die Bundesrepublik. Die DDR-Wirtschaft richtet sich unter heftigen Geburtswehen immer mehr auf das Muster der bundesdeutschen Marktwirtschaft aus. Ungefähr jeder zehnte der neunehnhundert Millionen Arbeitnehmer in der DDR ist arbeitslos oder faktisch arbeitslos. Der erhoffte Investitionsboom bundesdeutscher und ausländischer Firmen lässt auf sich warten, zeichnet sich noch gar nicht ab. Das hat viele Gründe. Einer dürfte sein, dass die Besitz- und Eigentumsverhältnisse im sozialistischen «Bauern- und Arbeiterparadies» von gestern noch nicht geklärt sind. Für viele poten-

tielle Investoren ist der Osten Deutschlands lediglich ein «kleinerer» Konsumentenmarkt. Vorerst nur wenige Firmen erblicken im Ostteil Deutschlands ein Tor zu künftigen einträglichen Geschäften mit dem Osten, der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten. Die DDR-Bürger brauchen Mut. Diesen werden auch die bundesdeutschen Steuerzahler brauchen.

Der Vorwurf von Oskar Lafontaine, dem SPD-Herausforderer von Helmut Kohl, kommt nicht von ungefähr, die Regierung in Bonn verschweige den Bürgern den «Übernahmepreis». Es ist eine gigantische Rechnung: Bis anhin steuerte Bonn über 25 Milliarden DM ans DDR-Budget bei und garantierte einen 10-Milliarden-Kredit. Das DDR-Budgetdefizit dürfte bis zum Tag der Einigung auf 30 bis 40 Milliarden DM geklettert sein. Um die DDR vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, dürfte die Bundesregierung bisher monatlich zusätzliche 10 Milliarden DM beigesteuert haben. Es wird geschätzt, dass bis 1994/95 die Ex-DDR jährlich hundert Milliarden DM verschlingen wird. Hinzu kommen bundesdeutsche Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion, das heisst, Helmut Kohl versprach im Juli Gorbatschew, über die nächsten vier Jahre für die sowjetische Militärpräsenz in der DDR (380 000 Soldaten und 120 000 Zivilisten) aufzukommen. Das sind weitere drei Milliarden DM im Jahr. Bonn griff Moskau bereits mit fünf Milliarden DM unter die Arme... Aber, auch für die Deutschen gilt, was schon für Wilhelm Tell galt: «Wir sind ein Volk, und einig woll'n wir handeln.» BAU

Interview mit der Präsidentin der DDR-Volkskammer Sabine Bergmann-Pohl

«Die hohe Einflussnahme des Individuums hat mich beeindruckt»

Eine Delegation der DDR-Volkskammer unter der Leitung von Volkskammer-Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl besuchte vom 23. bis zum 25. Juli die Schweiz. Eingeladen vom Präsidenten des Nationalrates, führte sie Gespräche mit eidgenössischen Parlamentariern und Bundesrat Felber. Einer der schweizerischen Gesprächsteilnehmer, FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Pratteln, führte mit Sabine Bergmann-Pohl ein Interview.

In der DDR war eine Auseinandersetzung über den Zeitpunkt, auf den die DDR das Grundgesetz der BRD übernehmen sollte. Hat dies eine tiefere Bedeutung für die Wiedervereinigung?

Sabine Bergmann-Pohl: Die Frage des gemeinsamen oder getrennten Wahlgebietes und der Zeitpunkt des Beitritts nach Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD könnten verfassungsrechtliche Folgen haben. Aus meiner Sicht sollten aber die inhaltlichen Fragen des Vertrages im Vordergrund stehen. Es gibt noch eine Reihe wichtiger Probleme zu beraten und auszuhandeln. Der Einigungsvertrag sollte unbelastet von diesen Fragen behandelt werden. Sinnvoll erscheint mir ein möglichst konsensfähiges Vorgehen, welches die Zustimmung der grossen Parteien in der DDR und der BRD findet.

Ein grosser staatlicher und gesellschaftlicher Wandel bewirkt stets Schwierigkeiten. Liegen sie für die DDR namentlich im wirtschaftlichen Bereich?

Sabine Bergmann-Pohl: Die Umwandlung einer 40jährigen zentralistischen Planwirtschaft in einer Diktatur in eine soziale Marktwirtschaft in einer Demokratie bringt für die Menschen in der DDR mit ihren bisher gewonnenen Erfahrungen natürlich Probleme mit sich. Dabei können auch persönliche und soziale Schwierigkeiten auftreten. Vertrauend auf die Krea-

ktivität und den festen Willen der Menschen in der DDR, ihre gewonnene Freiheit und Demokratie zu entwickeln und zu erhalten, denke ich, dass die Übergangsphase der auftretenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme kurz sein wird.

Nehmen Sie an, die DDR werde ihre Wirtschaftsverfassung rasch jener der BRD anpassen, oder gibt es da noch Besonderheiten und längere Übergangsfristen?

Sabine Bergmann-Pohl: Es muss für die Wirtschaft aus meiner Sicht eine Übergangsphase geben. Die fünf Länder der DDR brauchen Zeit für die Strukturanpassung und vor allem auch finanzielle Unterstützung. Wir brauchen Investoren, die einen breiten Mittelstand mit Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Es geht auch um einen Ausgleich wegen des unterschiedlichen Entwicklungsstandes in den einzelnen Ländern.

Wie sehen Sie die künftige Eigentumsordnung?

Sabine Bergmann-Pohl: Soziale Marktwirtschaft kann nur entwickelt werden, wenn Staatseigentum wieder in Privateigentum übergeführt wird. Der Weg der Reprivatisierung ist natürlich eine sehr schwierige Aufgabe für die Zukunft. Hier müssen aus meiner Sicht vorrangig die Rechte und Ansprüche der DDR-Bürger berücksichtigt werden.

Wie verhält es sich zurzeit mit Agrarproduktion und Lebensmittelversorgung?

Sabine Bergmann-Pohl: Leider kam es durch die Monopolstellung der Handelsorganisationen «HO» und «Konsum» in der DDR zu umfassenden Vertragsabschlüssen mit bundesdeutschen Unternehmen, die eine Abnahme von landeseigenen Agrarprodukten aus z. T. nicht einsehbaren Gründen verhinderten. Waren aus der Bundesrepublik wurden zu überhöhten Preisen angeboten. Das hatte zur Folge, dass über die Volkskammer die gesetzliche Grundlage für die Entflechtung von «HO» und «Konsum» geschaffen wurde. Der Weg zu einem echten Wettbewerb für den Handel ist damit geebnet worden. Es ist für die Bevölkerung wohl kaum verständlich, dass z. B. in Ostberlin nur holländische Tomaten verkauft werden und einheimische Tomaten jetzt auf Initiative von Westberliner Handelsunternehmen im KaDeWe angeboten werden!

Sie müssen selbstverständlich Zuvorsicht haben. Gleichwohl, erkennen Sie innerhalb oder ausserhalb der DDR noch Risiken für die weitere Entwicklung?

Sabine Bergmann-Pohl: Nach dem Treffen von Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschew sowie dem guten Verlauf der Vier-plus-Zwei-Gespräche eigentlich nicht. Unsere zukünftige Aufgabe besteht in dem Aufbau eines geeinten Europa unter Einbeziehung aller osteuropäischen Länder. Hier liegt auch für die Zukunft eine grössere und effektivere Möglichkeit, sich den Problemen der Dritten Welt zuzuwenden.

Hat die DDR vor, mehr Produktivität und mehr Umweltschutz gleichzeitig zu realisieren?

Sabine Bergmann-Pohl: Ja! Gerade unsere negativen Erfahrungen aus der Vergangenheit, in der Fragen der Ökologie völlig vernachlässigt wurden, hat die Menschen sehr sensibel gemacht. Die Einsicht, Produktivität und Umweltschutz in unlösbarem Zusammenhang zu sehen, ist gewachsen. Die neuen Verhältnisse lassen uns zuversichtlich sein.



Anlässlich ihres Besuches in der Schweiz konnte FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Pratteln, mit der Präsidentin der DDR-Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, ein Gespräch für den «Freisinn» führen.

Besteht Aussicht, dass alle Bevölkerungskreise der DDR die Änderungen, auch anspruchsvolle, gut akzeptieren?

Sabine Bergmann-Pohl: Sicher wird es Menschen geben, die die jetzige Entwicklung nicht akzeptieren. Es gibt aber aus meiner Sicht Hinweise dafür, dass eine Restauration alter Verhältnisse lediglich für eine sehr kleine Minderheit der Bevölkerung wünschenswert erscheint.

Inwieweit setzt die DDR auch auf wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu Ländern ausserhalb des deutschen Bereiches?

Sabine Bergmann-Pohl: Die DDR, und speziell der Ministerpräsident, hat immer wieder betont, dass wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu vielen Ländern wünschenswert sind. Meine Besuche in einigen Nachbarländern der DDR sollten diesem Wunsche durchaus Nachdruck verleihen.

Die Frage, ob es Ihnen in der Schweiz gefallen habe, wäre fast zu einfältig sagen, was Ihnen hier besonders aufgefallen ist?

Sabine Bergmann-Pohl: Die hohe Einflussnahme des Individuums auf politische Entscheidungen und die Eigenständigkeit der Kantone. Sehr beeindruckt hat mich auch die Sauberkeit in Ihrem Land.

Darf man wissen, was Sie sich vom Besuch in der Schweiz verspro-

chen haben und ob diese Erwartungshaltung ganz oder teilweise erfüllt worden ist?

Sabine Bergmann-Pohl: Reisen von Abgeordneten haben aus meiner Sicht folgende wichtige Ziele:

1. den Informationsaustausch von Politikern,
2. das Kennenlernen der Länder und der Menschen mit ihren Besonderheiten, für ein besseres Verständnis der Menschen untereinander,
3. Kenntnis zu bekommen über die politischen, ökonomischen und kulturellen Besonderheiten beziehungsweise ihre Entwicklung.

Alle diese Punkte dienen der Völkerverständigung. Aus unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage heraus ist es auch unsere Aufgabe, Wirtschaftskreise zu ermutigen, sich für die fünf DDR-Länder zu interessieren und hier Möglichkeiten zu erkunden, zu investieren und die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR zu fördern. Darüber hinaus wird wahrscheinlich ein konkretes Ergebnis unseres Besuches sein, dass Studenten aus der DDR in Basel in der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Forschungslaboratorien Studienaufenthalte durchführen können.

Ja, ich glaube sagen zu dürfen, meine Erwartungen haben sich erfüllt. Ich fahre nach Hause mit dem Gefühl, dass die Schweizer Bevölkerung dem deutschen Einigungsprozess sehr positiv gegenübersteht.

Stellungnahmen zu den Vorlagen vom 23. September 1990

Entscheidende Weichen für unsere Energiepolitik

Der Abstimmungssonntag rückt näher. Neben der Revision des Strassenverkehrsgesetzes wird über drei energiepolitische Vorlagen entschieden. Das Abstimmungsergebnis wird für den künftigen Kurs der schweizerischen Energiepolitik entscheidend sein. Die FDP der Schweiz hat ihre Parolen gefasst (s. Frontseite). Lesen Sie hier noch einmal einige Stellungnahmen von eidgenössischen Politikern.



Charme der schweizerischen Politik

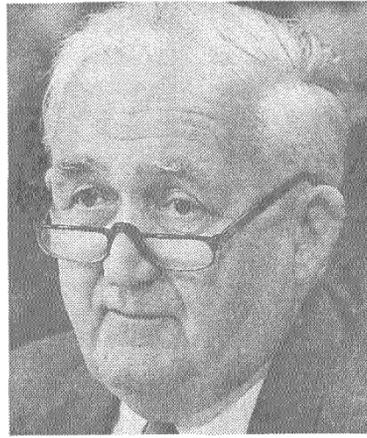
Wir sind eine offene Gesellschaft. Man kann bei uns mit der Armeeabschaffungsinitiative sympathisieren, man kann gleichzeitig aus der Kernenergie aussteigen wollen und daheim immer mehr Strom konsumieren. Ich behaupte keineswegs, dass die Entscheide unserer Partei immer durch die Entwicklung bestätigt wurden. Meistens wurden sie es zwar. Bocksprünge und Saltos können wir in der Regel vermeiden. Andere politische Gruppierungen können das weniger.

Mit der Annexion von Kuwait hat Saddam Hussein drei Prozent der Weltfördermenge des Erdöls an sich gezogen. Wenn er auch noch die saudi-arabischen Ölfelder eingenommen hätte, wären das weitere 8,2 Prozent gewesen. Dadurch wäre die Lage äusserst kritisch geworden. Die Ölpreise wären dann kaum mehr vorausschaubar gewesen. Der Ölmarkt wäre zerstört worden.

Der zweite Teil dieses Szenarios ist von den «bösen» Amerikanern durch den Einsatz militärischer Mittel verhindert worden. Stellen Sie sich einmal vor, die Amerikaner hätten die Armee bereits abgeschafft gehabt. Stellen Sie sich aber auch einmal vor, der Einmarsch des Iraks nach Kuwait wäre kein Morgenspaziergang gewesen, sondern wäre von der Armee von Kuwait fünf Tage aufgehalten worden. Die Iraker würden wahrscheinlich bereits heute nicht mehr in Kuwait stehen.

Es ist der Charme der schweizerischen Politik, dass wir heute aber nicht die Versorgungsprobleme beim Erdöl diskutieren müssen, sondern den Ausstieg aus der Kernenergie, womit wir unsere Abhängigkeit vom Erdöl erhöhen würden.

FDP-Parteipräsident/Nationalrat
Franz Steinegger
Aldorf



Ja zum Energieartikel

Den Anhängern eines Energie-Dogmatismus geht der neue Artikel zu wenig weit. Sie bezeichneten ihn als «gerupftes Huhn» oder als einen «zahnlosen Hund». Aus diesen Kreisen kamen die 48 Enthaltungen im Nationalrat. Aus den Kreisen der Gegner jeglicher Bundeskompetenzen im Sinne eines neuen Energieartikels kamen die 25 Nein-Stimmen. 96 Nationalräte und 30 Ständeräte sagten Ja. Im befürwortenden Komitee sind über hundert bürgerliche Parlamentarier vereinigt.

Der Artikel ist ein gut eidgenössischer Kompromiss. Er ist notwendig, um die festgefahrene Energiepolitik wieder in Bewegung zu bringen. Die internationale energiepolitische Situation zwingt auch unser Land zum Handeln.

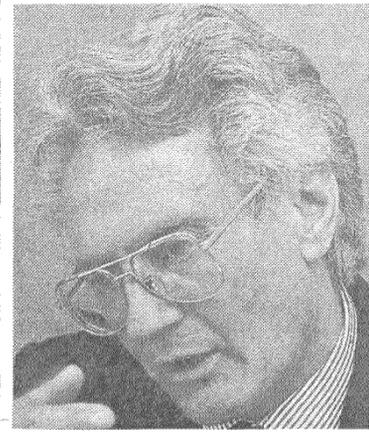
FDP-Ständerat Ernst Ruesch,
St. Gallen

Unsicherheit angesichts neuer Technologien

Der leidenschaftliche Kampf gegen die saubere und umweltfreundliche Kernkraft hat verschiedene Gründe. Einer davon ist die Angst vor der technischen Entwicklung schlechthin, eine Erscheinung, die nicht erst heute zu beobachten ist. Gegen die Spanisch-Brötli-Bahn

von Baden nach Zürich sind seinerzeit die Bauern mit Mistgabeln angetreten, und als die ersten mechanischen Webstühle und Spinnmaschinen installiert wurden, zerstörten die betroffenen Heimarbeiter in panischer Angst die gesamten Einrichtungen.

Der technische Fortschritt soll nicht angebetet, aber auch nicht verteufelt werden. Die mit der Anwendung neuer Techniken verbundenen Gefahren dürfen weder verschwiegen noch bagatellisiert werden. Die der Technik und ihrer Anwendung innewohnenden Gefahren müssen beherrscht und verantwortet werden können. Dabei sollten wir uns vergegenwärtigen, dass wir längst bereit sind, in verschiedenen Bereichen mit Risiken zu leben, ohne uns darüber Rechen-



schaft zu geben. Die Gefahrenpotentiale der verschiedenen Technologien sind gegeneinander abzuwägen. Es ist kurzsichtig und unverantwortlich, nur von den Gefahren der Kernenergie zu sprechen, ohne sich über die fatalen Folgen der ungehinderten weltweiten Verbrennung fossiler Energieträger Rechenschaft zu geben. Eine Gesellschaft ohne Risiken und Gefahren wird es nie geben. Wir müssen lernen, sie zu beherrschen und mit ihnen zu leben.

FDP-Ständerat Bruno Hunziker,
Aarau



Das Steuer herumwerfen

Mit der Einreichung der Entschädigungsklage dürfte «Graben» weder im Kanton Bern noch in der übrigen Schweiz mehr ein Thema im Hinblick auf die Energieabstimmung vom 23. September sein. Kurzfristig bringt somit dieser Entscheid eine Entlastung in der politischen Auseinandersetzung. Bedenklich sind hingegen die grundsätzlichen Aspekte dieses Vorgangs.

Auch wenn die Angelegenheit Graben vordergründig wie ein Streit zwischen Bauherrschaft und Bundesrat aussieht, so ist es letztlich doch die Obstruktionspolitik, die dank behördlicher Unentschlossenheit einen weiteren Erfolg verbuchen kann. Obwohl keine sachlichen Gründe gegen den Bau des Kernkraftwerkes Graben vorgebracht werden können, ist es den Kernenergiegegnern gelungen, durch konsequente Opposition mit Verunsicherungskampagnen ein weiteres notwendiges Infrastrukturprojekt zu Fall zu bringen.

Falls das Steuer nicht energisch herumgeworfen wird, werden weitere Dominosteine fallen. Mit der Ablehnung von Moratorium und Ausstieg haben Volk und Stände Gelegenheit, diese Tendenz aufzuhalten und jenen eine Absage zu erteilen, welche unseren Staat funktionsunfähig machen wollen.

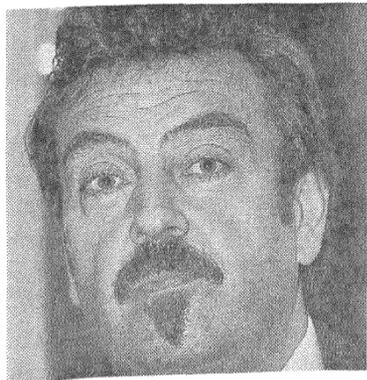
FDP-Nationalrat Ulrich Fischer,
Seengen

Änderung des Strassenverkehrsgesetzes

Bis zum Schluss unbestritten

Das Referendumskomitee gegen die Änderung des Strassenverkehrsgesetzes hat selbstverständlich ein demokratisches Recht gebraucht, das zusammen mit der Volksinitiative eine Säule unseres institutionellen Systems darstellt. Dennoch ist es gestattet, Fragen zu stellen über den richtigen Gebrauch von Volksrechten, meint FDP-Ständerat Michel Flückiger (JU).

In den vergangenen Jahren haben sich die Beispiele gehäuft, wo Initiativen und Referenden lanciert wurden, die wohl jede Menge Ideologie zum Vorschein brachten, aber wenig konstruktive Absichten. Im Oktober 1989 haben die eidgenössischen Kammern eine Revision des Strassenverkehrsgesetzes verabschiedet. Die Verhältnisse waren deutlich, der Nationalrat hat die Revision mit 115 gegen 43 Stimmen gutgeheissen und der Ständerat mit 34 gegen 3. Die Veränderungen sind teils technischer Natur, teils klar dazu angetan, den Umweltschutz zu erweitern. In ihrer Gesamtheit soll durch sie die



Sicherheit der Verkehrsteilnehmer verbessert werden. Man hätte meinen können, dass darüber Einheit herrscht und der Schlusspunkt zu diesem Geschäft durch die Räte gesetzt werde. Dann aber wusste man schnell, wo sich die Achillesferse des revidierten Gesetzes befand. Die berühmten 20 cm!

Die Vereinheitlichung der erlaubten Breite der Lastwagen auf 2,50 m bildet das Motiv für das Referendum, will ein Gesetz zu Fall bringen, das bis zum Schluss unbestritten war.

Artikel 3 des Strassenverkehrsgesetzes hält fest, dass die Gemeinden in kantonalen Verfahren und solchen vor dem Bundesrat zur Beschwerde berechtigt sind, wenn Verkehrsmaßnahmen auf ihrem Gebiet angeordnet werden. Dadurch kann beispielsweise im Be-

reich Bodennutzung oder Umweltschutz viel mehr getan werden.

In einem anderen Kapitel gibt das revidierte Gesetz dem Bundesrat die Möglichkeit, neu auch den Treibstoffverbrauch der Motorfahrzeuge festzustellen und diese Ergebnisse zu veröffentlichen, damit der Automobilist den Energieverbrauch genau einschätzen kann. Der grosse Vorteil der neuen Normen ist es, dass sie dem Bundesrat eine gesetzliche Grundlage geben für den Fall, dass es nötig werden könnte, zu handeln.

Artikel 15 des Strassenverkehrsgesetzes hält fest, dass Lernfahrten nur mit einem Begleiter unternommen werden dürfen, der mindestens 23 Jahre alt ist. Ein anderer Aspekt der Revision des Strassenverkehrsgesetzes betrifft den Entzug des Führerausweises, wenn sich der Autofahrer vorsätzlich einer Blutprobe widersetzt oder entzogen hat. Diese vorsorglichen Massnahmen haben die Verbesserung der Verkehrssicherheit zum Ziel.

Wenn Artikel 9 des Strassenverkehrsgesetzes angepasst wurde, so ist es deshalb, weil bereits heute nach Artikel 64, Absatz 1, der Verkehrsregelnverordnung 50 000 von 70 000 Kilometern des schweizerischen Strassenverkehrsnetzes für Lastwagen, Busse und öffentliche Verkehrsmittel geöffnet sind. Siebzig Prozent der Lastwagen, die in der Schweiz zugelassen sind, weisen eine Breite von 2,50 m auf. Achtzig Prozent der Kantonsstrassen, 65 Prozent der Gemeindestrassen und die Autobahnen sind für Fahrzeuge von 2,50 m Gesamtbreite geöffnet.

Wollen wir bei einem so geringfügigen Problem unserem Sonderfall gegenüber Europa bestätigen, wo man mit einer Breite von 2,50 m fährt? Aus diesen Gründen beantrage ich, dem Schweizervolk die Annahme der Revision des Strassenverkehrsgesetzes zu empfehlen.

Pro und Contra Moratoriumsinitiative



Die Moratoriumsinitiative ist objektiv betrachtet überholt. Sie wurde zur Verhinderung von Kaiseraugst lanciert. Kaiseraugst wurde vom Parlament eliminiert. Die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Inbetriebnahme eines neuen Werkes sind sehr streng und sind während der nächsten zehn Jahre für kein weiteres Werk gegeben. Es ist also nicht nötig, ein Moratorium in die Verfassung zu schreiben, da wir es bereits haben.

Die weitere Unterstützung der Moratoriumsinitiative macht nur Sinn, wenn sie als erster Schritt zum Ausstieg betrachtet wird. Ihre Annahme würde die Möglichkeit zur weiteren Nutzung der Kernenergie im Inland in Frage stellen. Sie hätte Auswirkungen auf die Forschung und auf die Ausbildung von Fachleuten, welche wir für die bestehenden Werke benötigen.

Die Moratoriumsinitiative trägt nichts zum sparsamen Gebrauch von Strom bei. Sie akzeptiert im Ausland produzierte Atomenergie. Damit trägt sie nichts bei zu einer verbesserten Sicherheit für jene Bürger, welche Angst haben vor der Atomenergie.

FDP-Nationalrätin Vreny Spoerry,
Horgen



Die Moratoriumsinitiative stellt eine günstige Kompromisslösung dar für die Wähler, die nicht überzeugt sind von den Schlussfolgerungen der EGES (Expertengruppe Energieszenarien), wonach ohne negative wirtschaftliche Folgen ein Ausstieg aus der Atomenergie innert 30 Jahren möglich ist. Die Idee und der Zweck der Moratoriumsinitiative liegt darin, dass wir dem Bundesrat eine Rückendeckung verschaffen wollen, um im Energiebereich die Politik zu betreiben, die er mit dem Verfassungsartikel beabsichtigte.

Wenn während zehn Jahren keine neuen AKW gebaut werden dürfen, bestehen praktisch nur zwei offene Alternativen: entweder mehr Energie einführen aus dem Ausland (Frankreich) oder versuchen, die Steigerung des Verbrauchs einzudämmen. Die erste Alternative hat der Bundesrat bereits abgelehnt, und deswegen steht ihm nur die zweite Alternative offen. Dazu wird er vom Volk legitimiert und beauftragt sein. In zehn Jahren werden wir die Resultate einschätzen und können über das weitere Vorgehen entscheiden.

FDP-Nationalrat Sergio Salvioni,
Locarno

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62



Ihr Ferienverbesserer

Terminkalender

- September**
 Session: 17. 9. bis 5. 10.
 23. Eidgenössische Volksabstimmung
- Oktober**
 Session: 17. 9. bis 5. 10.
 Kongress Liberale Weltunion in Finnland: 3. bis 7. 10.
 19. Delegiertenrat
 20. a. o. Delegiertenversammlung in Frauenfeld
 30. FDP-Tagung in Bern: öffentliches Personal
- November**
 Session: 26. 11. bis 14. 12.
 10. Studientagung in Bern: Gentechnologie
- Dezember**
 Session: 26. 11. bis 14. 12.

Von Tag zu Tag

Ja zum Energieartikel und Nein zu den Ausstiegsinitiativen

Der Zentralkomitee des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) hat die Parolen für den eidgenössischen Urnengang vom 23. September 1990 verabschiedet. Einstimmig gutgeheissen wurde die Aufnahme eines Energieartikels in der Bundesverfassung, obwohl die Grundlage für eine Energiesteuer fehlt.

Weil zurzeit gleichwertiger Ersatz fehlt, lehnt der Zentralkomitee die «Moratoriums» wie auch die Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» ab. Ablehnung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit bedingungslosem Festhalten an der Option Kernenergie: Sowohl der Betrieb von Kernkraftanlagen wie die Entsorgung von Atomabfall sind auslandsabhängig. Hier sind Lösungen vordringlich, denn durch den beabsichtigten Ausbau der bestehenden Kernkraftwerke wird die einseitige Bindung an Kernenergie weiter verstärkt. Der Zentralkomitee appelliert deshalb an die Verantwortlichen, die Forschung und Entwicklung alternativer Energieträger zu fördern und finanziell zu garantieren.

Ausserst knappe Zustimmung fand schliesslich die Revision des Strassenverkehrsgesetzes; Anlass zu kontroversen Diskussionen gab die neu vorgesehene Höchstbreite für Motorfahrzeuge von 2,50 m.

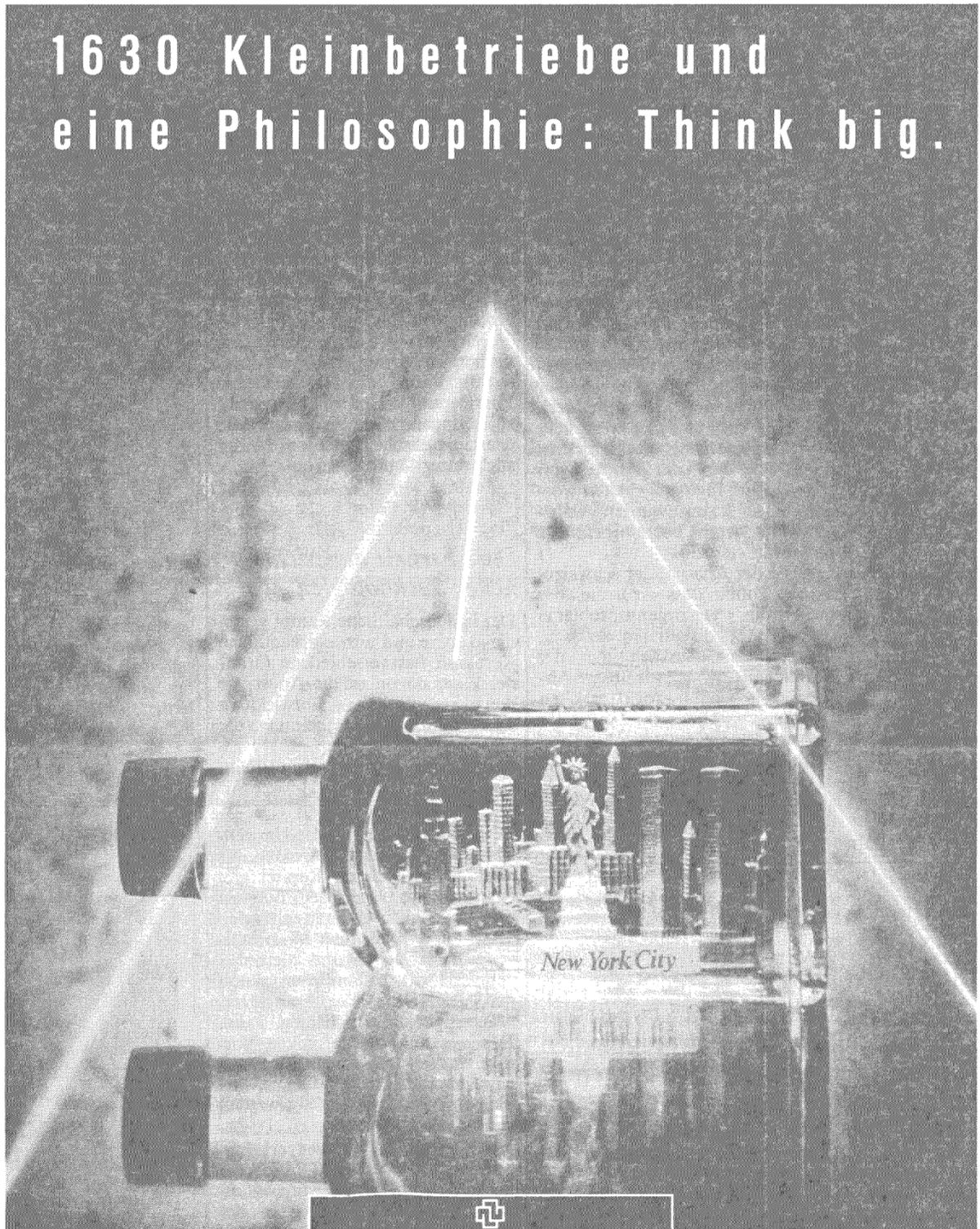
Unsere Produkte sind

**Ideen
 Qualität
 Nutzwerte
 Freude
 Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG
 Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
 Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94



Die SKA zum Thema Organisation

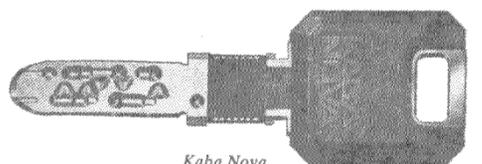


Die SKA besteht in der Schweiz betriebl. Unsere Teams arbeiten Zusammenhängen und sind dank einer flexiblen Arbeitsweise in der Lage, auch interdisziplinär Aufgaben zu lösen. Und – alle verbindet das wichtigste Ziel: die besten Leistungen für unsere Kunden zu erbringen.

genaugenommen aus 1630 Klein-selbständig, denken in grossen

SKA - die Bank mit Perspektiven.

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Nova.
 Das praxiserprobte, mechanisch-elektronische Schliesssystem.
 Von Bauer Kaba.

Fordern Sie zum Kennenlernen die Kaba Nova-Videokassette oder den Prospekt an: Telefon 01/931 61 11.

Schweiz und Europa

Sind direkte Demokratie und Föderalismus veraltet?

Es nimmt sich heute beinahe schon schicklich aus, wenn unsere direkte Demokratie als ein Hindernis für strategische Ausrichtungen der Schweiz in die Zukunft betrachtet wird. Begründet wird dies damit, dass «sogenannte» Schwerfälligkeit der direkten Demokratie und des Föderalismus Hemmschuhe für die Integration der Schweiz in Europa darstellen. FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti, Hettlingen ZH, ist anderer Meinung.

Die Uno-Abstimmung, so glauben Stimmen, hänge wie ein Damoklesschwert über den kommenden erforderlichen Volksentscheiden betreffend die Position der Schweiz in Europa, die ja am Schweizervolk nicht vorbeigehen können. Was diese Experten gerade mit Blick auf Europa vernachlässigen, ist dies, dass es ein Europa der Bürger sein wird und nicht nur der Wirtschaft. Voraussetzungen dafür sind Freiheiten und Mitwirkungsrechte, die durch unsere direkte Demokratie bereits verwirklicht sind.

Dank diesen Instrumenten kann hierzulande unmittelbar in den politischen Prozess und in die Politik der Behörde auch zwischen den Wahlen eingegriffen werden, und es können grundsätzliche Weichen gestellt werden. Die direkte Demokratie schweizerischer Prägung kann Fehlverhalten staatlicher Instanzen leichter korrigieren, gut organisierte Minderheiten können nicht vernachlässigt werden, ja sie werden sogar frühzeitig in den politischen Entscheidungsprozess mit einbezogen.

Keine Isolation der Politiker

Exekutiven stehen gerade wegen der direkten Demokratie auch unter permanentem Zwang, Entscheidungen und Sachvorlagen so zu gestalten, dass sie in möglichst breiten Schichten Zustimmung finden. Damit können Politiker nicht in ihrem «Elfenbeinturm» isoliert



bleiben. Eine «classe politique», wie diese in Europa weitherum jahrhundertealte Tradition hat, wird gewiss keine Zukunft haben.

Auch in Europa zeichnet sich deutlich die Erkenntnis ab, dass es keinesfalls ratsam scheint, die Neuorganisation des neuen Europa einer kleinen Schicht von Berufseuropäern zu überlassen. Die Darstellung der politischen Standpunkte und das Vertreten von Vorlagen durch die Politiker in der Öffentlichkeit bewirken die notwendige Bürgernähe. Dies führt dazu, dass in wichtigen Angelegenheiten der Kompromiss gefunden werden muss, weil keine Partei allein bestimmen kann. Eine solche kompromissfähige Kommunikation benötigt demzufolge auch eine breite Parteienlandschaft, die für das Zusammenwirken aller politi-

schen Kräfte und für entsprechende Stabilität sorgt.

Deutliche Signale der jüngeren Vergangenheit lassen darauf schliessen, dass die bei uns praktizierte Form der direkten Demokratie «von unten» auch im übrigen Europa einen immer grösseren Stellenwert erhalten wird, denn das Volk will nicht nur wählen, sondern ebenfalls in Sachfragen mitentscheiden. Ausserdem wird ersichtlich, dass unzufriedene Minderheiten, die die politische Stabilität eines Landes jederzeit empfindlich beeinträchtigen können, nur in einer direkten Demokratie ihre Entwicklung sicherstellen können.

Es ist nicht vermessen, festzustellen, dass den bei uns entwickelten Formen der direkten Demokratie und des Föderalismus europaweit auf dem Weg zu einem wirklichen «Europa der Bürger» mehr Interesse, Beachtung und Nachahmung geschenkt werden wird, was übrigens auch für unser Sicherheitskonzept und unsere Milizarmee gilt.

Überschaubare Räume

Im Hinblick auf die föderalistische Struktur des europäischen Hauses, die es erst ermöglicht, dass die Macht des Staates dezentral geteilt wird, wird es in diesem europäischen Haus von besonderer Bedeutung sein, dass eine Vielzahl von Mitwirkungsmöglichkeiten in kleinen, überschaubaren Räumen erhalten bleibt, weil diese am ehesten geeignet scheinen, die verschiedenen Bürgerinnen und Bürger in das übergeordnete Gemeinwesen zu integrieren. Wird vergessen, dass die direkte Demokratie dazu beiträgt, die weitere Verbürokratisierung der politischen Welt in Schranken zu halten, und damit auch die Entfremdung des einzelnen Bürgers gegenüber dem politischen Gemeinwesen mit verhindert? Verkennt man, wieviel wertvoller Sachverstand die direkte Demokratie schafft und zudem in Wirtschaft und Gesellschaft für die Ausgestaltung der gemeinsamen Rahmenbedingungen als Synergie nutzbar gemacht wird?

Europa hat nur eine Chance, wenn es bürgernah bleibt, sonst

Studientagung der FDP der Schweiz

Gentechnologie

Samstag, den 10. November 1990, in Bern, Hotel Bellevue

Provisorisches Programm

Vormittag ca. 10.00–12.00 Uhr

Begrüssung durch den Leiter der Tagung:
Ständerat Robert Ducret, Carouge (GE)

- Einleitendes Votum: Was ist, was kann Gentechnologie?
Referentin: PD Dr. Stéphanie Mörkofer-Zwey, Kaiseraugst
- Gentechnologie in der pharmazeutischen und industriellen Produktion
Referent: Prof. Dr. J. Nüesch, Basel
- Les possibilités offertes par la génétique dans l'agriculture moderne
Referent: Prof. Pia Malnoë, Station fédérale de recherches agronomiques de Changins
- Gentechnologie in der Medizin: Hoffnung und Gefahren des Missbrauchs
Referent: PD Dr. Hansjörg Müller, Basel
- Gentechnologie und Persönlichkeitsschutz
Wer darf meine Gene kennen?
Referent: PD Dr. Rainer Schweizer, Bern
- Ethische Grundfragen an die Gentechnologie
Referent: PD Dr. H. P. Schreiber, Basel
- Gesetzgebung zur Gentechnologie:
Der aktuelle Stand der parlamentarischen Beratungen
Referent: Ständerat Arthur Hänsenberger, Oberdiessbach

Mittagessen: 12.00–13.30 Uhr

Nachmittag: ca. 13.30–15.30 Uhr

Podiumsdiskussion mit Einbezug des Publikums

Diskussionsleitung: Ständerat Robert Ducret

Diskussionsteilnehmer(innen): Nationalrat Guy-Olivier Segond, Genève,
Hansjörg Müller,
J. Nüesch, Dr. H. P. Wessels,
Mitglied der SP-Arbeitsgruppe Gentechnologie

Diskussionsbasis: 12 freisinnige Thesen zur Gentechnologie

Diskussionsziel: Verabschiedung der 12 Thesen als Empfehlung zu handeln der Parteiprogramm-Kommission

Dokumentation: Alle für die Studientagung angemeldeten Teilnehmer(innen) erhalten die «Politische Rundschau» zum Thema Gentechnologie im voraus.



Der / die Unterzeichnete

 nimmt an der Studientagung vom 10. November 1990 teil.

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach, 3001 Bern, retournieren.

wird der Enthusiasmus, der das Projekt heute noch trägt, mit dem Aufkeimen von nationalistischen Bestrebungen und anderen sich abzeichnenden politischen Schwierigkeiten bald abklingen. Die direkte Demokratie hat nach wie vor für die Schweiz, aber auch für ein zukünftiges Europa als Staatsidee

Gewicht. Sie hat noch längst nicht jenen Schrottwert, den ihr Experten und teilweise auch Vertreter der schweizerischen Wirtschaft teilweise zusprechen wollen. Auch der Föderalismus ist keine verkrustete Vision. Europa wird ohne föderalistische Strukturen keine Zukunft und keinen Bestand haben!

FDP-Tagung

Öffentliches Personal

Dienstag, den 30. Oktober 1990, 16.30 bis zirka
21.00 Uhr in Bern, Kongresszentrum ALFA

Programm

- 16.30 Uhr Begrüssung durch Nationalrat Franz Steinegger, Präsident der FDP der Schweiz
«Welche Personalpolitik braucht ein effizienter Staat?»
Vortrag von Prof. Dr. Manfred Timmermann, Hochschule St. Gallen
- 17.30 Uhr Diskussion in Arbeitsgruppen (inkl. Lunch) zu den Themen
• Arbeitsplatzbewertung/Besoldung/Teuerungsausgleich
• Stellenplafonierung/Flexibilisierung
• Aus- und Weiterbildung/Kader-Planung
• Führung in der öffentlichen Verwaltung
• Verhältnis FDP - öffentliches Personal
- 19.00 Uhr Präsentation und Diskussion der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppen
- 20.00 Uhr Orientierung über die Gründung der «FDP-Beamtenvereinigung»
- 20.15 Uhr Ansprache von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des EVD
- ca. 21.00 Uhr Schlussvotum von Nationalrat Franz Steinegger

Eingeladen sind Beamtinnen/Beamte und Angestellte aller öffentlichen Dienste in der ganzen Schweiz.

FEDERN

in jeder Grösse
für jede Verwendung

BAUMANN + CIE AG
Federnfabrik
CH-8630 Rütli
Tel. 055/84 11 11

BAUMANN



wo Nützlinge
auch ihren Platz haben

Maag: Führend im Pflanzenschutz



Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Tel. 01/855 11 11

Sehr geehrte Inserenten Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Ab Oktober 1990 erhalten Sie Ihren «Freisinn» in neuem Kleid (Artikel auf der Frontseite dieser Ausgabe). Der «Freisinn» richtet sich nicht nur an Sie als Leserinnen und Leser, sondern auch als mögliche Inserenten. Mit einer Auflage von 78 000 Exemplaren in der deutschsprachigen Schweiz bietet der «Freisinn» Gewähr, dass Ihre Werbebotschaft in einem liberalen Umfeld zielgruppengerichtete Werbekontakte schafft.

Dem untenstehenden Talon können Sie die technischen Daten und Tarife 1990/91 für Ihre Inseratenkampagne im «Freisinn» entnehmen. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die «Neue Zürcher Zeitung», Bruno Hegglin, Telefon (01) 258 11 11, oder an ofa, Glattbrugg, (01) 809 31 11.

Technische Daten und Tarife 1990/91

(gültig ab Oktober 1990)

Erscheinungsdaten

9. 10. 1990
13. 11. 1990
18. 12. 1990

Inseratenschluss

10 Tage vor Erscheinen

Auflage

78 000 Exemplare

Drucktechnisches

Rotationshochdruck
Raster: 28er bis 34er
Druckmaterial:
– Aufsichtsvorlagen
10% Lichtpunkt
– Durchsichtsvorlagen
5% Lichtpunkt
Satzherstellung: Lasersatz
Satzspiegel: 188x282 mm
Seiteninhalt: 2256 mm

Tarife	1990	1991
Annoncen mm	Fr. 3.44	3.61
Reklame mm	Fr. 15.—	15.75
Farbuschläge pro Buntfarbe	Fr. 500.—	500.—

Effektive Nutzbreiten

1spaltig	—	5spaltig	—
2spaltig	44mm	6spaltig	140mm
3spaltig	—	7spaltig	—
4spaltig	92mm	8spaltig	188mm

Wiederholungsrabatt

3x 5%
6x 10%
12x 15%

mm-Abschüsse

1000mm	5 %
2000mm	10 %
4000mm	12.5 %
6000mm	15 %

Inserate:

Verkauf und Promotion

Neue Zürcher Zeitung
Fremdzeitungen
«Freisinn»
Postfach
8021 Zürich
Telefon (01) 258 11 11
Telefax (01) 258 16 77
ofa Zeitschriften
Sägereistrasse 30
8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11

Leserbrief

Presse-«Sommerknüller»: Einkommen der Wirtschaftsführer und Politiker

Ohne sich über die Stossrichtung und den Informationswert konkret zu äussern, hat eine Zeitschrift im «Sommerloch» mit diesem Thema einen landesweiten Niederschlag gefunden. Mit der süffigen Story, erfolversprechend weil an gewisse Instinkte gerichtet, ist es gelungen, flächendeckend das Feld der schweizerischen Medien zu besetzen. Ob es damit gelungen sei, einem Auftrag der Medien nachzukommen, Politik und ihre Exponenten fassbar zu machen, ist eine andere Frage. Die Darstellung von Einkommen der Politiker und Wirtschaftsführer hat schon gar nichts mit dem Auftrag der Medien zu tun, dunkle Bereiche des politischen Betriebes auszuleuchten oder allenfalls den Missbrauch delegierter Macht darzustellen. Der Enthüllungsjournalismus und die «Affärengelheit» bewirken doch in der Konsequenz, dass nur noch mittelmässige, in der Privatwirtschaft kaum sich durchzusetzen Persönlichkeiten, sich für eine politische Laufbahn entscheiden. Die Regierungswahlen im Kanton Zürich sind da deutlicher Hinweis! Welche fähigen Persönlichkeiten wollen sich denn heute, gerade im Hinblick auf den Trend der Personalisierung in Politik und Wirtschaft, so entblättern lassen?

Welch schöne Aufgabe wäre das für diese Zeitschrift, auf den Sommer 1991 eine Zusammenstellung aller Einkommen von SP-Präsidenten und Gewerkschaftsführer, von Umweltorganisationssekretären und solchen Institutionen zu publizieren, die all das in Frage stellen und bekämpfen, was – trotz

zivilisatorischen Kehrseiten – uns allen Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht hat! Errungenschaften, für die das Unternehmertum und die handelnde Wirtschaft eingestanden sind.

Erhellend würden wir dann lesen können, wie Vertreter von Gewerkschaften mit sechsstelligen Zahlen vergoldet werden, wie Doppelkommen von Funktionären und unbescheidene Wohnsitze an besten Lagen links und rechts des Zürichsees oder in der Altstadt Berns das harte Brot von Arbeitnehmervertretern, die sich ja für die sogenannte wirtschaftlich Schwachen einsetzen – im persönlichen Lebensstil aber weder Solidarität noch ideologische Lauterkeit dokumentieren, versüssen!

Wie Gewerkschaftschiefs sich nebenbei in der Wirtschaft goldene Krumen mit Liegenschaftsvermittlungen zu ergattern versuchen, wie die mit Amt verbundenen «Kommissiönlis» und Verwaltungsräte eigener sozialer Einrichtungen wie Krankenkassen oder – trotz schlecht rentierenden eigenen Unternehmen – wie Druckereien, Zeitungen usw. grosszügige Tantiemen ausgerichtet werden. Wo auch staatliche und halbstaatliche «Jöblis», schön aneinandergereiht, namhafte Einkommen garantieren. Dies alles, ohne im Massstab 1 zu 1 unternehmerische Verantwortung für Tausende von Arbeitsplätzen zu tragen, wie es die Spitzenverdiener der Schweizer Wirtschaft tatsächlich und konkret müssen. Dies wäre ein interessantes Feld der Recherchen für Sommer 1991 und eine gerechtere Optik für missverständliche Feindbilder im Wahljahr 1991.

P. S. In der Arbeitnehmerorganisation, in der ich nebst der FDP Mitglied bin, zeigen die Verbandsobere in Einkommen und Wohnsitz Solidarität mit dem Gedankengut, das sie vertreten.

Roger E. Schärer
Herrliberg



Aufruf an die Innerrhoder Frauen

Mit Bedauern hat die Schweizerische Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF) vom jüngsten ablehnenden Abstimmungsergebnis über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts auf kantonaler Ebene in Appenzell Innerrhoden anlässlich der Landsgemeinde vom 29. April 1990 Kenntnis nehmen müssen. 18 Jahre nach der entscheidenden Verfassungsänderung auf eidgenössischer Ebene mutet ein solcher Entscheid, so die SVFF weiter, anachronistisch und unverständig an. Landsgemeindebeschlüsse dürfen, nach Ansicht der SVFF, nicht zur Politfolklore verkommen, welche einmal mehr auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werde. Das Engagement zahlreicher Frauen in kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Parlamenten und Behörden beweise jeden Tag aufs Neue ihre Bereitschaft, ihre Kompetenz und Berechtigung im politischen Alltag. Die SVFF ruft die Innerrhoder Frauen auf, ihren Einsatz neu zu wagen und sich keinesfalls geschlagen zu geben. Die freisinnigen Frauen der Schweiz unterstützen den immer noch nötigen Kampf um Gleichberechtigung und politische Rechte der Frauen in unserem Land. SVFF

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: ofa Zeitschriften, Sägereistr. 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

Ist die Schweiz das Paradies der Geldwäscher?

Walter Frehner, Vorsitzender der Geschäftsleitung des Schweizerischen Bankvereins, nimmt Stellung zu Fragen eines kritischen Schweizers.



«Unsere Kontrollinstrumente sind weltweit führend.»

Wieso lassen sich die Schweizer Banken überhaupt auf schmutziges Geld ein?

Frehner: Dazu muss ich sagen, dass sich die Schweizer Banken niemals wissentlich auf schmutziges Geld einlassen.

Aber unwissentlich? Geld ist den Banken doch wichtiger als die weisse Weste!

Frehner: Ich spreche im Namen aller Schweizer Banken, wenn ich sage: Wir wollen mit kriminellen Geschäften und dubiosen Geldern nichts zu tun haben. Im Gegenteil: Wir betrachten sie als äusserst schädlich für unser Land. Tatsache

ist, dass niemand schärfere Vorschriften gegen die Geldwäscherei hat als die Schweiz. Unsere Vorschriften sind sogar ein Vorbild für andere Länder.

Aber mit einem Koffer voll Geld kann doch jeder bei euch Kunde werden, oder nicht?

Frehner: Wer bei einer Schweizer Bank ein Konto eröffnen will, der muss sich legitimieren und glaubhaft versichern, dass das Geld sauber ist. Beim geringsten Verdacht auf dunkle Quellen lehnen wir das Geschäft ab. Wir verzichten lieber einmal zuviel auf eine Kundenbeziehung. Die Banken haben wirklich kein Interesse, ihr Ansehen aufs Spiel zu setzen.

Wieso kommt dann schmutziges Geld in die Schweiz?

Frehner: Die strengsten Gesetze und die beste Polizei können nicht verhindern, dass es Verbrechen gibt. Aber unsere Kontrollinstrumente

sind schon jetzt weltweit führend. Und das Netz wird immer engmaschiger.

Hoffentlich wissen das auch die Drogenhändler!

Frehner: Es spricht sich herum. David Wilson, ein hoher Beamter der U.S. Drogenfahndung, hat kürzlich gesagt: «Wenn ich illegales Geld zu waschen hätte, die Schweiz wäre der letzte Ort, wo ich es hinbrächte.» Das sagt deutlicher als alles, wie genau die Schweizer Banken ihre Sorgfaltspflicht nehmen.

DIE SCHWEIZER BANKEN. IM INTERESSE VON UNS ALLEN.

Eine Information der Schweizerischen Bankiervereinigung



Der Zuger Tisch.



Dass der Humor auch bei harter politischer Arbeit nicht fehlen darf, demonstrierte einmal mehr FDP-Parteipräsident Franz Steingger. Photos ruti



Entrée: Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz begrüsst Mitarbeiterinnen des FDP-Generalsekretariats in Bern.

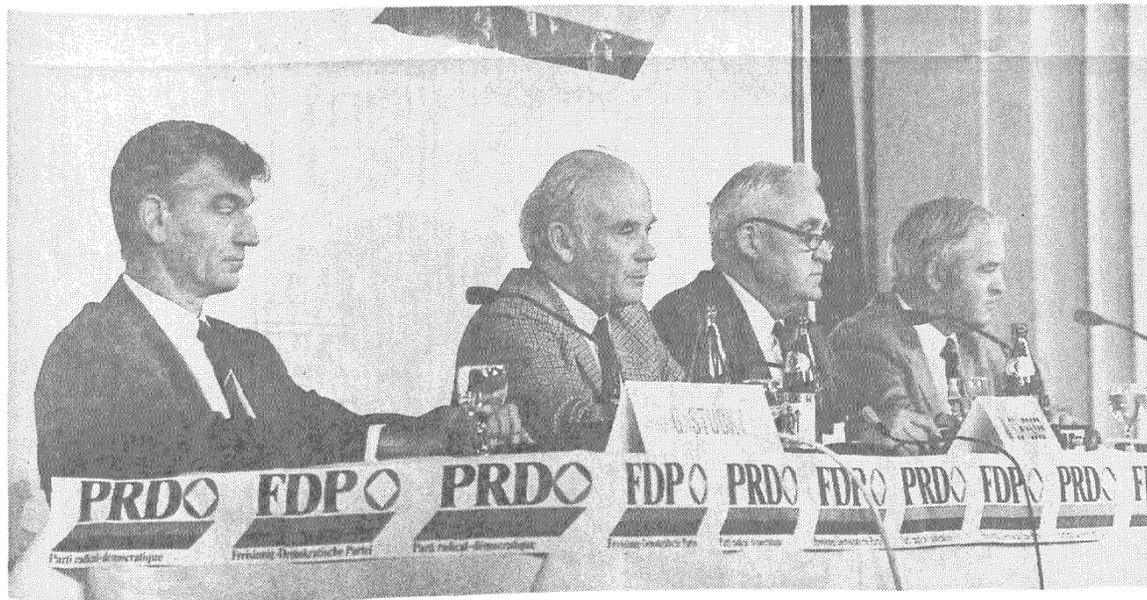


Engagierte Redner: Helga Steeg, Direktorin der Internationalen Energieagentur in Paris; FDP-Ständerat Michel Flückiger (JU) und FDP-Nationalrat Sergio Salvioni (TI).

A. o. Delegiertenversammlung der FDP in Zug

Parolenfassung

Nach intensiven politischen Diskussionen votierten die FDP-Delegierten am 1. September 1990 in Zug gegen die beiden Volksinitiativen Ausstieg und Moratorium, für den Energieartikel und für die Revision des Strassenverkehrsgesetzes.



Podiumsdiskussion über den Energieartikel: FDP-Nationalrat Georg Stucki (ZG), NZZ-Redaktor Walter Schiesser, FDP-Ständerat Ernst Rüsch (SG) und FDP-Nationalrat Pierre Savary (VD) warten auf ihren Einsatz.

Ziel erreicht: FDP zieht Steuerinitiative zurück

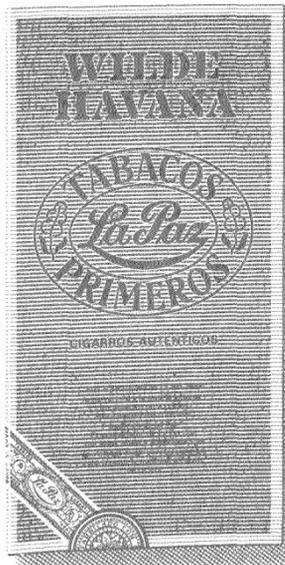
Ihr Ziel erreicht hat die Volksinitiative «für ehe- und familien-gerechtere Bundessteuern», welche die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) am 27. Februar 1987 eingereicht hatte. Unter ihrem Druck beschloss das Parlament schon sieben Monate nach ihrer Einreichung und gegen den Widerstand des Bundesrates das «Sofortprogramm», das die Forderungen der FDP-Initiative übernommen hat. Das «Sofortprogramm» ist zwar befristet bis Ende 1992. Es wurde jedoch vollumfänglich in die Revision des Gesetzes über die direkte Bundessteuer aufgenommen und von beiden Räten definitiv verabschiedet. Das Initiativkomitee hat sich deshalb dazu entschlossen, die Initiative zurückzuziehen.

Der Grund für die freisinnige Volksinitiative war die unbefriedigende Situation bei der Besteuerung natürlicher Personen auf Bundesebene. Für Alleinstehende und Ehepaare galt ein gleicher Tarif, der eine überaus steile Progression vor allem im Bereich von mittleren Einkommensklassen

aufwies. Ehepaare und Familien wurden im Vergleich zu erwerbstätigen unverheirateten Paaren bei gleichen Einkommensverhältnissen massiv mehr belastet. Die FDP postulierte einen separaten Tarif und eine Verflachung der Progression. Diese Korrektur sollte nicht auf Kosten einer anderen Gruppe von Steuerpflichtigen gehen. Insbesondere die Steuerlast der Alleinstehenden durfte nicht anwachsen.

Das «Sofortprogramm» enthält nun einen Doppeltarif für natürliche Personen, welcher Ehepaaren und Familien Erleichterungen bringt. Ferner wurden auch die Abzüge für Zweitverdiener, für Einelternfamilien und für Steuerpflichtige mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen erhöht. Das ganze Programm bringt bei den direkten Bundessteuern jährlich rund 360 Millionen Franken Ausfälle. Damit ist einem weiteren Anliegen der FDP Rechnung getragen worden: das Verhältnis im Steueraufkommen zwischen direkten und indirekten Steuern wurde verbessert.

Dauerbrenner von La Paz.



Die Cigarre, die schon beim Anzünden ihr volles Aroma entfaltet. Das ist die authentische Wilde Havana von La Paz. Ständig kopiert, doch nie erreicht.

Das Bündel am Brandende, das ehrlich sein Inneres nach aussen kehrt, zeigt die wilde Kraft der ausbalancierten Mélange aus mehr als 20 Tabaksorten der berühmtesten Provenienzen der Welt. Umwickelt mit einem Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt von unverfälschter Natürlichkeit.

Wilde Havana von La Paz. Aus Tabak. Mehr nicht.



Cigarros Autenticos.

Ziele der Europäischen Frauen-Union (EFU)

Europa der Frauen

In der Europäischen Frauen-Union (EFU) haben die Frauen der politischen Mitte ihr europäisches Forum. Elsbeth Lüber, aktive Frauenpolitikerin im Kanton St. Gallen, orientiert über die Ziele der EFU.

Die Europäische Frauen-Union (EFU) wurde 1955 auf Initiative von Frauen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in Den Haag gegründet mit dem Ziel, innerhalb Europas ein Forum für Frauen mit ähnlichen politischen Zielsetzungen zu schaffen. (Die sozialistischen Frauen waren bereits zusammengeschlossen in der «Internationale».) Heute hat sie Sektionen in 16 europäischen Ländern.

Sie ermöglicht Frauen der politischen Mitte, Erfahrungen auszutauschen und an konkreten Lösungen von sozialen und politischen Problemen mitzuwirken. Die wesentliche Arbeit wird in den Fachkommissionen geleistet: der Kommission für Aussenpolitik, Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Erziehung und Unterricht, Familie, Gesundheit und Umweltschutz, Information und Massenmedien, Ernährung und Landwirtschaft, Raumordnung und Kommunalfragen, Rechtsfragen, Sozialpolitik, Wirtschaftsfragen, Wissenschaft und Kultur.

Die Kommissionen entsprechen jenen des Europarates, mit denen die EFU in enger Verbindung steht.

Die Europäische Frauen-Union hat den Konsultativstatus beim Europarat und ist als Beobachterin beim Wirtschafts- und Sozialrat der Uno in Genf (Ecosoc) und beim Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten bei der Uno in Wien.

Schweizerische Sektion

Die Schweizerische Landesektion der EFU wurde 1962 in Bern gegründet. Von Beginn an hatte die Sefu innerhalb der EFU ihre Besonderheit. Während in den Nachbarländern die Mitglieder der EFU den christlichsozialen und konservativen Parteien angehören, legten die Schweizerinnen schon bei der Gründung Wert auf eine überkonfessionelle und überparteiliche Zusammensetzung. Die eigenständige Lösung wurde anfangs nicht überall in der EFU verstanden. Sie entspricht auch heute noch der Haltung der Sefu, auch wenn sie einen Haken hat: Dadurch dass die Sefu parteiübergreifend arbeitet, wird sie – im Gegensatz zu den Sektionen anderer Länder – finanziell nicht getragen von den bürgerlichen Parteien im Land.

Die Stärke der Schweizerischen Landesektion innerhalb der EFU ist die jahrelange seriöse Mitarbeit in den Fachkommissionen. Dies



hat u. a. zur Folge, dass die kleine schweizerische Sektion immer wieder Präsidentinnen in internationalen Kommissionen stellen kann. Erwähnt seien als Beispiel die ausgezeichnete Arbeit der freisinnigen Carmen Hatz-Stauffer aus Basel als Präsidentin der Kommission für Gesundheit und Umwelt und der laufende Einsatz der freisinnigen Dora Huber-Roth aus Bern als Präsidentin der Sozialkommission.

Seit ich 1982 der Sefu beigetreten bin, profitiere ich von den jährlich stattfindenden Seminaren in der Schweiz und von den verschiedenen Gelegenheiten innerhalb Europas, an politischen Tagungen und an freundschaftlichen Kontakttreffen Politikerinnen anderer Länder kennenzulernen. 1988 übernahm ich nach einigem Zögern das Präsidium der schweizerischen Landesektion.

Was bringt mir das Sefu-Präsidium?

In erster Linie viel Arbeit – hochinteressante Arbeit. In den Statuten der Sefu ist festgehalten, sie bezwecke, das Verständnis und Interesse an europäischen Fragen zu wecken und zu fördern, den Kontakt und die Zusammenarbeit der Schweizer Frauen mit der Europäischen Frauen-Union zu ermöglichen und ihnen Gelegenheit zu bieten, einen Beitrag zur Lösung europäischer Probleme zu leisten. Diese Formulierung ist gerade heute eine Herausforderung!

Der Umbruch, der 1989 die Länder Ost- und Mitteleuropas mit einer gewaltigen Welle erfasste, hat vielversprechende Perspektiven eröffnet. Mein Engagement in der Sefu verschafft mir Gelegenheit, da wo ich stehe, mit meinen Möglichkeiten und Fähigkeiten an dieser gemeinsamen Zukunft mitzuwirken.

allerdings mit einem modifizierten, erweiterten Auftrag, der einen flexibleren Einsatz als bisher erlaubt, so zur

- Friedenssicherung und -förderung (Neutralitätsschutz, Wahrung der Lufthoheit im Rahmen der völkerrechtlichen Pflichten, Einsätze im Rahmen der ausgreifenden Komponente der Sicherheitspolitik wie z. B. mit Blauhelm-Detachementen zugunsten der Uno),
- Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft,
- Befähigung zur Kampfführung ab Landesgrenze, Behaupten des Staatsgebietes,
- Schutz der Bevölkerung vor Gewalt und Erpressung,
- Schadenminderung und Sicherstellung des Überlebens («Helfen und Retten»), zusammen mit dem Zivilschutz und weiteren Diensten der Katastrophenhilfe.

Dass im Gefolge der vom Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) bekanntgegebenen Absicht, das Wehrpflichtalter auf 42 Jahre zu begrenzen, die Frage des zivilen Ersatzdienstes an Brisanz gewonnen hat, kann nicht erstaunen. Dieser Problemstellung auf veränderter Basis kann und will sich auch die FDP nicht entziehen. Im Falle der Einbettung der allgemeinen Wehrpflicht in die Pflicht zur Leistung eines sogenannten Gemeinschaftsdienstes ist indessen dafür zu sorgen, dass der Armee als dem wichtigsten Instrument unserer Sicherheitspolitik zur Erfüllung ihres Auftrages jederzeit genügende personelle Mittel zur Verfügung stehen.

Unter diesem Aspekt wird das Gewicht der in der Armee freiwillig diensteleistenden Frauen steigen. Die Einsatzmöglichkeiten, insbesondere auch für internationale Friedensoperationen, sind dabei in Quantität wie Qualität zu verbessern.

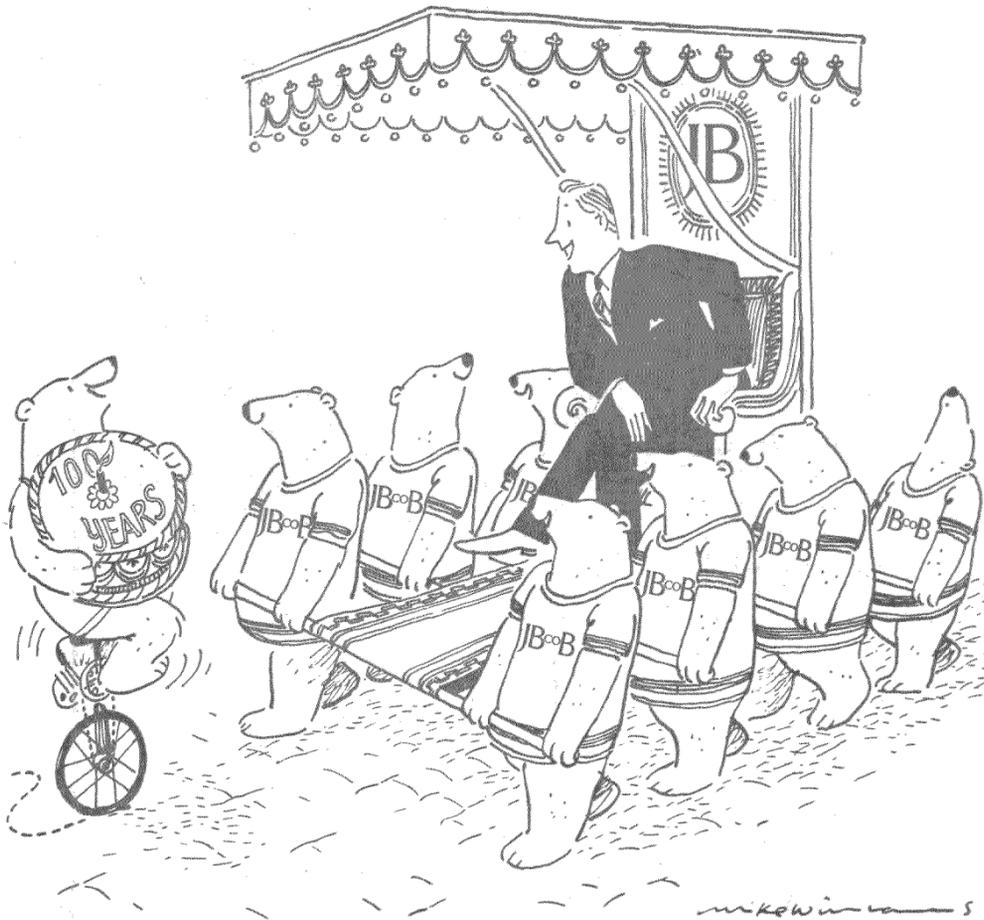
Insbesondere auf dem Gebiete der militärischen Ausbildung sind die Verbesserungsvorschläge heute Legion. Angesichts der grossen Stofffülle wird sich die Dauer der Rekrutenschule sowie der Wiederholungskurse kaum verkürzen lassen. Zentral ist die Kaderausbildung. Hier ist schwergewichtig in zwei Bereichen anzusetzen: einmal bei der Ausbildung zum Gruppenführer (Korporal), die zulasten der individuellen Zeit in der Rekrutenschule und zulasten der Dauer der Offiziersschule auszudehnen und qualitativ wesentlich zu verbessern ist. Sodann ist das Abverdienen der künftigen Einheitskommandanten auf acht bis neun Wochen zu beschränken. Es ist für jemand, der am Anfang seiner beruflichen Entwicklung steht, nicht zumutbar, an die zwanzig Wochen hintereinander im Militärdienst zu verbringen.

Gerade die letztere Forderung bedingt zwingend die Heraufsetzung der Zahl und der Qualität der Instruktoren. Ausserdem ist die Laufbahnplanung der Instruktoren zu verbessern; die Entschädigung ist nach dem Prinzip des Leistungslohnes festzusetzen und in diesem Rahmen heraufzusetzen.

Die Verringerung des Gesamtbestandes der Armee gemäss den Vorstellungen des EMD und die Verkürzung der gesamten Einteilungszeit, dies in einer einzigen Heeresklasse, ist richtig. Lieber weniger Bestände, dafür aber gut ausgerüstete! Ob sich dadurch der finanzielle Aufwand für die militärische Landesverteidigung wesentlich verkleinern lässt, wird sich weisen. Es muss sichergestellt sein, dass der von Bundesrat und Parlament erteilte Auftrag erfüllt werden kann. Für die Bewilligung der nötigen Mittel soll das Parlament nach wie vor abschliessend zuständig sein.



Grundlage einer erfolgreichen Auftrags Erfüllung sind nach wie vor Wehrwille und Wehrbereitschaft derjenigen, die die Armee tragen, und das sind vor allem unsere jungen Leute. An ihr liegt es letztlich zu entscheiden, ob sich für unser Land Anstrengungen im Bereich der Sicherheitspolitik lohnen oder nicht.



Happy Baerthday!

JBcoB

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

1890

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · Frankfurt · München · Mailand · London · New York · San Francisco
Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio

Sicherheitspolitik, Neukonzeption der militärischen Landesverteidigung und Armee reform

Diskussionen auch in der FDP

Vor dem Hintergrund der jüngsten Umwälzungen und Krisen wird in unserem Land über die Neuausrichtung der Sicherheitspolitik und Umstrukturierung der Armee diskutiert. Sicherheits- und militärpolitische Fragen beschäftigen auch die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP). Der Präsident des FDP-Ausschusses für Militärpolitik, Nationalrat Willy Loretan (AG), berichtet.

Seit dem Wegfallen der sowjetischen Bedrohung in Europa hat unsere Sicherheitspolitik zweifellos vermehrten Spielraum gewonnen. Dennoch wird sie vier Grund-Zielsetzungen auch in Zukunft nicht vernachlässigen können:

- die Wahrung des Friedens in Freiheit,
- die Behauptung des Staatsgebietes,

- die Wahrung der Handlungsfreiheit,
- den Schutz der Bevölkerung.

Zu diesen vier Konstanten unserer Sicherheitspolitik kommt die Notwendigkeit, einen schweizerischen Beitrag an ein sicheres Europa zu leisten.

Wichtigstes Instrument zur Durchsetzung unserer Sicherheitspolitik ist und bleibt die Armee,